

Wochenzeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Das „Wochen-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Verkaufspreis beträgt 1,20 Reichsmark, der vierteljährliche 4,20 Reichsmark, der halbjährliche 8,40 Reichsmark, der jährliche 16,80 Reichsmark. Die Abnehmer werden nach Kolonnen-Zellen berechnet, die Zelle 0,25 Reichsmark. Die Anzeigen im gleichen Wertung in der „Mitteldeutschen Zeitung“ erschienen, außerdem Ermäßigung. Verlagsort: Halle, Postfach 11. u. 12. Druckerei: Druckerei-Union Halle. Druckmaschinen: 4. Auflage. Druckerei: Druckerei-Union Halle. Druckmaschinen: 4. Auflage. Druckerei: Druckerei-Union Halle. Druckmaschinen: 4. Auflage.

Neues in Kürze.

Drachmendeckung und Kabinettprogramme.
Der Reichspräsident Hindenburg empfing gestern als Vertreter des Bundes der Rinderzüchter die Herren Konrad (Wülstorf), Hofmeister und General Dir (Berlin), Reichsgeschäftsführer des Bundes) und nahm von ihnen eine Darlegung der Ziele und Wünsche des Bundes entgegen. Ferner empfing der Reichspräsident u. a. den Generalleutnant für die deutschen Reparationszahlungen Hr. Parter-Gilbert.

Der Steuerantrag des Reichstages begann gestern die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, der schwere Kämpfe erwarten läßt, da trotz der unumstößlichen Gesamterwartung des Volkes werden das Reich noch die einzelnen Länder noch die Gemeinden mit ihren Geldern auskommen und nun, fast mittellos, d. h. harpax zu wirtschaften, einer dem anderen einen möglichst hohen Steueranteil wegschnappen will.

Im Handelsauschuss des Reichstages wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach das Ministerium für die belehnten Gebiete selbstständig zu machen und mit eigenen Ministern zu versehen ist.

Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages wurde gestern die Generaldebatte über den Zolltarif zu Ende geführt. Wesentlich neue Momente traten in der Debatte nicht zu Tage. Die Einzelberatung beginnt am Freitag.

Zur Frage der Regierungsbildung in Preußen fanden am Donnerstag Besprechungen zwischen Vertretern des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten statt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine weitere Behandlung der Frage bis zum Herbst zu verlagern sei, wenn nicht die Deutsche Volkspartei sich dahin schlüssig mache, zu der Politik der großen Koalition zurückzukehren.

Der sächsische Landtag hat gestern einen kommunizierenden Antrag auf Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Leipzig einstimmig angenommen. Ein internationaler Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Dr. Reinhold wegen seiner Förderung der sächsischen Staatskapitalismus zum Schaden der Reichsbörse wurde gegen die Stimmen der deutschnationalen, Linkssozialisten und Kommunisten abgelehnt.

In einem Runderlaß des Preussischen Innenministers werden die Gemeindebedörden darauf hingewiesen, daß es mit den zurzeit geltenden Wahlrechtsvorschriften unvereinbar ist, wenn eine Gemeinde nach einer freiwilligen Wahl oder Abstimmung die öffentliche Belange der Personen beschließt, die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Eine solche Maßnahme würde auf mittelbare Einführung der Stimmpflicht hinauslaufen, die bisher von den Parlamenten abgelehnt worden ist.

Der Reichsoberland der Deutschnationalen Volkspartei hat beschlossen, den großen Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei Mitte Oktober dieses Jahres in Köln abzuhalten.

Die Rheinlandkommission hat den Ausschluß folgender Zeitungen aus dem belächelten Gebiet für die Dauer eines Monats, vom 5. Juli ab genehmigt, angeordnet: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin; Franfurter Nachrichten, Frankfurt a. M.; Saarbrücker Zeitung; Bayerische Staatszeitung, München und Bayerischer Kurier, München.

Nach einer Spaauswertung hat der französische Wirtschaftsminister Clamey gestern nachmittags Staatssekretär Dr. Trendelenburg empfangen, um ihm die französische Antwort betreffend des vorläufigen Handelsabkommens zu überreichen.

Die französische Kammer hat entgegen dem Rat Cailhau den Wortlaut der Gesetzesvorlage über die Aufgabe der Auslandsgebühren mit den Änderungen des Senats mit 330 gegen 229 Stimmen angenommen.

Wie der amtliche englische Kundendienst meldet, hat die englische Regierung in den letzten Tagen an Frankreich, Serbien, Rumänien und Griechenland je eine Note zur Frage der Kriegsschäden überreicht. — Das wesentliche ist natürlich die Note an Frankreich: Die Franzosen sollen durch den Druck auf den sowjetisch kämpfenden Fronten gefügig gemacht werden, daß sie Englands Sowjetpolitik und evtl. auch Chinapolitik unterstützen.

Die spanische Regierung hat sich zu neuen Verhandlungen über Abänderung des eben abgeschlossenen deutsch-spanischen Wirtschaftsvertrages bereit erklärt. Eine deutsche Delegation unter Führung des früheren bairischen Ministerpräsidenten Graf Berchthold ist gestern bereits nach Madrid abgereist.

Die Stellungnahme zu den Noten.

Kabinettsitzungen / Große Reichstagsdebatte in Sicht / Keine Interpellation der D. V. P. / Die Kommunisten gegen das Sicherheitsangebot.

Das Kabinettsitzung setzte gestern die Beratungen über die außenpolitische Lage fort. Der Reichsminister des Auswärtigen berichtete über den Stand der Vorbereitungen die Verantwortung der französischen Sicherheitsnote.

Es besteht über die Grundlinien dieser Antwort Einverständnis und es ist die Vorlage eines Entwurfs im Kabinettsitzung ehestens zu erwarten. Wie wir erfahren, findet am Sonnabend die abschließende Sitzung des Reichstagskabinetts in der Sicherheits- und Entwaffnungsnote statt.

Die große außenpolitische Debatte im Reichstag beginnt voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag der nächsten Woche. Die deutsche Antwortnote an Briand soll vorher, also bis spätestens Mitte der Woche, nach Paris abgehen. Eine zweite ausführlichere Note soll folgen.

Wie die Blätter berichten, verhandelte Reichsminister Dr. Luther im Anschluß an den Kabinettsitzung mit den Führern der Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei. Die Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei veröffentlichte nach dieser Besprechung eine Erklärung, in der sie, mittels, daß die Forderung von der Einbringung einer Interpellation zunächst abgelehnt werde, nachdem der Reichstagsminister erklärt habe, daß eine Ausdrucksache über die außenpolitische Lage im Reichstag noch in dieser Tagung stattfinden werde.

Der „Tagl. Rundschau“ zufolge hat die Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei Richtlinien für den Abbruch eines Sicherheitspaktes aufgestellt, in denen es heißt:

Die Deutsche Volkspartei stimmt der Initiative der deutschen Regierung zu, eine Lösung der Sicherheitsfrage nicht gegen Deutschland herbeizuführen. Sie fordert, daß die in Gang gebrachten Erörterungen den Grundgedanken des deutschen Memorandums fortgeführt werden. Unter Ablehnung der Hineinziehung jeder militärischen Währungspolitik Frankreichs.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei vor der Räumung der Ruhr und der Gantionsgebiete sowie auch der ersten Rheinlandzone unbedenklich. Er ist weiteres Festhalten an dem Grundgedanken des deutschen Memorandums über den Völkerbund voraus. Wenn auch der Sicherheitspakt den Vertrag nicht ändert, so könne doch Deutschland

keine Verpflichtung der sich aus dem Vertrage ergebenden Lage hinnehmen. Im Zusammenhang mit einem Sicherheitspakt

ergäbe sich die Notwendigkeit, die Besetzung und das Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Alle Streitigkeiten aus dem Vertragler Vertrag, insbesondere auch über die Entmilitarisierung des Rheinlandes sowie über das Rheinlandabkommen müßten einem Schiedsverfahren unterstellt werden. Jede Wiederannahme früherer

Sanktionsmaßnahmen sei abzulehnen. Schiedsverträge dürfte Deutschland nur als Subjekt seiner Politik in voller Freiheit abschließen.

Garantie und Entschädigung über die Verletzung durch den Bundesgenossen eines Vertragsstückes sei mit den Völkerrechtsgrundsätzen unvereinbar. Nur bei Wahrung aller dieser Grundzüge scheinen der Deutschen Volkspartei der Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschland vereinbar.

Eine kommunizierende Interpellation im Reichstag fragt die Regierung, ob sie bereit sei, zu der durch die Antwortnote Briands auf das Eisenbahn-Garantienangebot geschlossenen Lage im Reichstag sofort Stellung zu nehmen. Ferner wird die Regierung gefragt, ob sie geneigt ist, auf die Note Briands die einzig mögliche Antwort zu geben: „Sofortige Zurückziehung des Eisenbahn-Garantien-Vorschlages.“ Ferner wird gefragt, ob die Regierung bereit ist, mitzuteilen, ob es noch eine einheitliche Außenpolitik des Kabinetts Luther gebe.

Dazu schreibt uns unser Berliner Vertreter: Es bestätigt sich, daß die deutsche Antwort unbedingte vor der großen politischen Debatte im Reichstag in Paris sein soll. Die Gründe für die Haltung der Reichsregierung liegen darin, daß man die Verhandlungen mit Frankreich nicht durch eine mehr oder weniger scharfe Kritik des Reichstages an den französischen Vorklagen stören lassen will, wenigstens soll dann die Stellungnahme der Reichsregierung und der Vorschlag zu einem weiteren Meinungsaustausch schon als Postulatum zu Händen des französischen Kabinetts sein. Viel neues wird die deutsche Antwort nicht bringen, weil sie nur der Vorläufer einer größeren deutschen Note sein und Frankreich zu weiteren Besprechungen einladen soll. Im diplomatischen Verkehr nennt man eine solche Note eine „Initiative“.

Das Reichskabinet hat, wie wir zuverlässig erfahren, die Absicht, die Sicherheitsfrage mit Frankreich innerhalb der nächsten zwei Monate getarnt zu lösen.

Angenommen wurde folgender Antrag:

Der Staatsrat kann der Vorlage des Ministeriums nicht zustimmen. Die Hauszinssteuer ist ihrer Natur nach als Steuer für allgemeine Staatszwecke nicht geeignet. Die für allgemeine Staatszwecke erforderlichen Mittel müssen bei der gegenwärtigen Regelung der Finanzhoheit in erster Linie durch eine ausreichende Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Reichsteuern hergestellt werden. Eine Beteiligung von 90 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftsteuer hält hierbei der Staatsrat für unumgänglich. Ohne Zustimmung des Staatsrat den Entwurf über Festsetzung der Besoldungsbeamteten zu nächste Sitzung Dienstag, den 21. Juli.

Todesurteil gegen die drei deutschen Studenten.

Moskau, 3. Juli. Der Oberste Gerichtshof verurteilte nach fünfjährigalstündiger Beratung Kindermann, Hofstet und v. Dittmar zur Todesstrafe. Gegen das Urteil kann Berufung nicht eingelegt werden. Das Urteil ist endgültig. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einführung des Urteils ein Gnadenbittgen beim Zentralvollzugsausschuß der Sowjetunion einzulegen.

Brief aus Shanghai.

Von Dr. Arthur Landsberger.

China hat zwei Köpfe. Einen chinesischen und einen europäischen. Der europäische ist Shanghai. Und obwohl der nur für ein paar mal Hunderttausend, der chinesische für beinahe vierhundert Millionen deutet, ist es doch, der die Entscheidung vorbereitet. Ueber das Schicksal der Welt, denn das wird nicht durch, wohl aber mit China entschieden werden.

ist die Jahrtausende alte Kultur Chinas auch verfallen, so verpörrt man doch noch die Welt eines Geistes Hauch. Man braucht nur nach Shanghai oder Souchow hinanzusehen. Fröhlich, hübsch, geistvoll ist der Chinese. Gemüht über er ist außerdem — und das ist letzter Ausdruck alter Kultur — feinfühlig bis in die Feingebirgen. (Auch diese Feingebirgen, die seinen Knöchel und Gelente sind charakteristisch; sie mühen oft an wie äußere Zeichen feinerster Gemütsbildung.)

Der Chinese läßt den Europäer weit deutlicher als der Europäer ihn. Wohlherzigen; er fühlt ihn, er durchdringt ihn nicht. Aber vom Fühlen bis zum Durchdringen ist nur ein Schritt. Und was der Shanghai als europäische Kultur aufweist, empfindet er als unerschöpflich bunte und leer. — Er hat mit sehr prominenten Chinesen, deren Mittel und Einfluss Millionen vor Chinesen Richtung im Denken und Handeln weist, gesprochen — sie sind mit mir der Meinung, daß Shanghai das europäische Hauptquartier für die Befähigung und Vereuropäisierung Chinas ist. Aber sie glauben weder an das eine noch an das andere, weil sie fühlen, daß das Europa Shanghai schlechtestes Europa ist. Sie kennen die Welt und wissen, daß es ein besseres Europa gibt. Sie freuen sich, daß das zu Hause bleibt.

Amerika fürchten sie gar nicht. Denn — sagen sie — „das ist an sich schlechtestes Europa. Aber da glaubt, daß der Materialismus die Geschichte der Welt bestimmt, der Irrer. Es war noch immer der Geist — der, Gott sei gedankt, nicht künftlich ist.“

Nur vor China nicht kennt, kann Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten nennen. Amerika das Land der unbegrenzten Zahlen kein, aber leichlich ist dort nichts zu holen, da ein Amerikaner dem anderen nicht, wie eine Redemalßnahme der anderen — nur ein Unterschied bei dem „Geld“. So muß er sich in China noch unbeliebt machen als der Japaner. Die China Jahrtausende alter Kultur ist heute die Welt — Indien mit einbezogen — das einzige Land, das noch nicht vom Kapitalismus befallen ist — in des Wortes doppelter Bedeutung. Dabei ist der Aufwand beispiellos, mit dem Amerika in China nicht. Am liebsten nimmt es von Chinesen, schenken, die von amerikanischen Missionaren geleitet werden — nicht, um die kleinen Gelder zum Christentum zu bekehren — vielmehr um zu probieren, daß aller Lebenswettbewerb selbst sich in „Ausbeute“ ergötzt.

Wäre der Amerikaner ein wenig mehr Menschenkenntner, so wüßte er, daß die Americanische Volkssee keinen Maximen wälzig verständig gegenübersteht, er würde auch, daß er die Dauptschuldige ist, wenn das nächste Ereignis malter Fremden, nimmt, im Vergleich zu denen der sehr vageraufbau ein Kinderstiel sein. Jeder, der ein paar Jahre in China lebt, weiß, daß wir vor solchen Maßstaben stehen — je mehr aber auch, der vor Dauptschuldige ist. Volksstimmungen lernt man am besten an Volksbefragungen kennen. Das Couplet vom amerikanischen Missionar, der mit einem Nischenrad China durch Räden feht — als er kam, nannte er ein kleine Kofferchen kein eigen — habe ich an vierundzwanzig Stellen innerhalb kurzer Zeit von Chinesen Sängern und Soubretten, vom Volk stämmlich beifällig, hören hören. Unvergleichlich viel häufiger ist die Art, in den England und Japan in China werden, bezeugt aber ist es, daß Deutschland, keilten es nicht, mehr die Möglichkeit hat, mit diesen Staaten in Wettbewerb zu treten, in der Gung der Chinesen voranzutritt.

Es läßt die Gleichheit des Schicksals zwei große, tüchtige Nationen, der Welt andere ausgeliefert, nachdem diese sie unter sich abgeteilt gemacht haben. Den Deutschen aber muß man immer wieder zeigen und ihnen China als Schulmeister vor Augen halten, wie ein Volk ohne Nationalgefühl e Spielball in den Händen der anderen unerschöpflich ein Volk von Kulis wird.

Es ist kaum glaublich aber wahr, daß die 2 Millionen Schweizer ein weit wichtigeres Moment in Rate der Völker mitzubringen haben als die Millionen Chinesen mit seinen fast vierhundert Millionen Bewohnern.

Dem Chinesen ist kein Vaterland gleichgültig, sofern er nur den nötigen Reiz hat, um sein Hunger zu stillen. Er kennt über sich hinaus — die Familie, durch die er mit dem Himmel — mit der Welt, verbunden ist. Der Ausgangspunkt, von dem aus Nationalgefühl zu suchen, ist also gegeben. Wenn sich ein Volk

